

Wären, um auch ausnahmslos alles durch die schwarze
Stille anzusehen und die günstigeren Entwicklungsmomente zu verkennen. So wird der wesentlich über dem
Durchschnitt liegende Ernteausfall nicht nur die heimischen
Versorgungsmöglichkeiten, sondern vor allem auch die
künftigen Außenhandelsverhältnisse vorteilhaft beeinflus-
sen, und die Steuererhebung, so viel berechnete
Wünsche sie offen lassen mag, bedeutet doch wenigstens
den Anfang einer Entlastung der Wirtschaft. Kenn-
zeichnend ist es, daß das an der deutschen Wirtschaft
interessierte, in dieser Beziehung sehr feinsichtige Aus-
land den bei uns an vielen Stellen herrschenden Pessimismus keineswegs teilt. Es ist in dieser Beziehung
in Deutschland wenig beachtet worden, daß die deutsche
Davosplanke, deren Emissionkurs in London seinerzeit
92 Prozent betrug, gerade jetzt vor einigen Tagen
dort erstmalig den Kurs von 100 erreicht hat. Ruhe,
Besonnenheit und wirtschaftliche Bernunft sind noch
immer die besten Gegenmittel gegen krisenhafte Stim-
mungen im Wirtschaftsleben gewesen.

Aus dem Optantenlager in Schneidemühl.

Schneidemühl, 20. August. Zu den gestrigen An-
griffen in einigen Zeitungen teilt die Zeitung des Op-
tantens lagers mit: Nachdem der Personenstand des La-
gers von 7000 auf 3500 vermindert worden ist, kann
von einer Standstillen Zusammenfassung nicht mehr
die Rede sein. Massenquartiere mit langen Wartezei-
ten gibt es überhaupt nicht mehr. Es läßt sich zurzeit al-
lerdings nicht vermeiden, daß mitunter zwei Familien
in einer Koje untergebracht werden. Das Seminar und
eine Schule werden Ende der Woche geräumt. Die bei-
den anderen Schulen hofft man Anfang nächster Woche
räumen zu können. Was die Verpflegung anlangt,
so hat sich der Medizinreferent des preussischen Wohl-
fahrtsministeriums bei seinem gestrigen Besuch Presse-
vertretern gegenüber in durchaus günstigem Sinne ge-
äußert. Die übergroße Mehrzahl der Lagerinsassen hat
sich wiederholt anerkennend ausgesprochen. Das Ver-
waltungsapparat, der angeblich das meiste Geld ver-
schlingen soll, ist zahlenmäßig so eng gehalten, daß die
Mitglieder durchschnittlich 12 bis 14 Stunden täglich
arbeiten müssen. Das Geld, das die Flüchtlinge für
Verpflegung und Unterbringung im Lager bezahlen,
erhalten sie im voraus vom Staate ersetzt, da Gedige
ein Gehrgeld von 50 Mark, Familien von 200 bezug-
lich 400 Mark ausgezahlt erhalten haben. Es kann also auch
hier von einer ungerechten Geldforderung nicht gespro-
chen werden. Die Behauptung, daß die Liebesgaben zum
Bau von Wohlfahrtsheimen, wie Kinderheimen und
bergleichen, verwandt werden, ist in allen Teilen
unwahr. Es stehen dazu Staatsgelder zur Verfügung.
Die Säuglingsklinik hat sich als notwendig und zweck-
mäßig erwiesen. Die Sterblichkeit ist erheblich zurück-
gegangen. Die Liebesgaben, Geld, Kleider und Nahrungsmittel
werden im allgemeinen den Flüchtlingen erst beim Abzug
aus dem Lager in reichem Maße zugeteilt. Diese Art der
Verteilung deckt sich auch mit dem Wunsch des preussischen
Ministers des Innern. Es ist daher ganz grundlos, von einer
notwendigen Umstellung der elementarsten Verhältnisse
zu sprechen. Von einer Aufhebung des Lagers im September
kann deshalb nicht die Rede sein, weil der Abtransport der
Flüchtlinge immer größeren Schwierigkeiten begegnet und,
wie bekannt, am 1. November weitere 2- bis 3000 Ausge-
wiesene erwartet werden.

Französische Luftspionage.

Parisruhe, 20. August. Heute früh kurz vor acht
Uhr erschienen über Karlsruhe vier französische Militärflug-
zeuge, die aus der Richtung des besetzten Gebietes kamen.
Sie überflogen den Rheinbogen und den Karlsruher Flugplatz.
Über diesem hielt sich einer der Flieger längere Zeit auf und
machte photographische Aufnahmen, während die anderen die
Stadt überflogen. Sie setzten dann ihren Flug in der Rich-
tung auf Mannheim fort. Die badische Luftverkehrsgesellschaft
hat dem Bezirksamt über den Vorfall sofort Meldung erstattet.

**Ein Arbeitslosenversicherungsgesetz
in Vorbereitung.**

Der „Vorwärts“ weist zu melden, daß die Reichsregierung
dieser Tage den Sekretariat zur Schaffung einer Arbeits-
losenversicherung, der sich auf dem Gedanken der Selbstver-
waltung aufbaue, angenommen habe. Die Veröffentlichung
des Entwurfes dürfte nach Klärung einiger untergeordneter
Fragen in 8-10 Tagen erfolgen.

Wohnungsnot und Deutscheausweisung.

Die als Gegenmaßnahmen gegen die vom Osloer
Wirtschaftsamt gegen Deutsche angewandten Härten vorge-
nommene Ausweisung von Norwegern aus Deutschland hat
in Oslo starkes Aufsehen erregt. „Nytten Posten“
muß nach seiner Information zugeben, daß in mehreren
Fällen das Wirtschaftsamt übermäßig streng gegen ansässige
Deutsche verfahren ist, und daß in sechs Fällen die
Ausweishaltsverlängerung verweigert wurde. Das nor-
wegische Außenministerium hat sich an die deutsche Re-
gierung mit der Bitte gewandt, die Sache vorläufig
ruhen zu lassen, bis man auf dem Verhandlungswege
zu einer Ordnung der Angelegenheit gelangt ist.

Das Wohnungsamt in Oslo hatte seit 1920 dort an-
sässigen deutschen Staatsbürgern, offenbar aus büro-
kratischen Erwägungen heraus, die Aufenthaltserlaubnis
entzogen, eine Maßnahme, die praktisch die Ausweisung
bedeutet. Diese unverständliche Handlung ist dann von
deutscher Seite damit beantwortet worden, daß mehrere
norwegischen Staatsangehörigen in Deutschland eben-
falls die Aufenthaltserlaubnis entzogen wurde. Daraufhin
haben die zuständigen Stellen in Norwegen an-
scheinend sofort sich demüßigt, die Mißgriffe des Woh-
nungsamtes wieder in Ordnung zu bringen. Dadurch,
daß die Deutschen aus dem Lande ausgewiesen werden,

Praktisch ergangen waren, war einer Verschärfung von
vornherein der Weg geebnet. An der baldigen Erledi-
gung der nicht sehr bedeutenden Differenzen ist nicht zu
zweifeln.

Die Druzen fordern völlige Unabhängigkeit.

Einem Korrespondenten der „Vossischen Zeitung“ ist es
gelungen, nach Medjel, dem Hauptquartier der Druzen zu
gelangen. Der Führer der Druzen, Sultan Atrosch Pascha,
erklärte dem Korrespondenten, die französischen Friedensbe-
dingungen seien unannehmbar. Freiwillig werde er die
erbeuteten Waffen nicht an Frankreich zurückgeben. Er ver-
lange mit seinem ganzen Volke nicht nur die Autonomie des
drusischen Gebietes, sondern völlige Unabhängigkeit von ganz
Syrien, und zwar ein freies Parlament, eine nationale
Regierung mit einem König oder Präsidenten als Staatsober-
haupt und ein eigenes Heer. Die Franzosen müßten sich damit
begnügen, ähnlich wie die Engländer im Irak, nur als Berater
zu fungieren. Wenn Frankreich es wagen sollte, das drusische
Volk anzugreifen, werde in ganz Syrien ein Aufstand aus-
brechen. Der Berichterstatter faßt seinen Gesamteindruck
dahin zusammen, daß die Lage sehr ernst aufzufassen sei,
weil der drusische Sultan von vielen christlichen Abgesandten zu
weiterem Widerstand ermutigt werde.

Caillaux' Reise nach London.

Paris, 20. August. Das Finanzministerium ver-
öffentlicht ein Communiqué, in dem es heißt, daß ent-
gegen verschiedenen Pressemeldungen die Möglichkeit
einer baldigen Rückkehr der Finanzsachverständigen nach
London zur Regelung der Schuldenfrage nicht ins Auge
gefaßt ist. Es scheint also, daß der Aufenthalt Caillaux'
in London nur von kurzer Dauer sein wird und daß der
Finanzminister nicht, wie gestern gemeldet wurde,
französische Sachverständige nach London berufen wird,
wenn er auf Grund seiner Unterhaltungen eine
schnelle Regelung der Schuldenfrage für durchführbar
hält. Ministerpräsident Painlevé hatte heute vormit-
tag Besprechungen mit dem Finanzminister Caillaux
und dem Unterstaatssekretär Bonnet gehabt und ist dann
gegen Mittag mit dem Auto nach der Bretagne ab-
gereist. Painlevé wird erst am kommenden Mittwoch
nach Paris zurückkehren, um an einem auf Donner-
stag anberaumten Ministerrat teilzunehmen.

Aus Stadt und Land.

Aue, den 21. August 1926.

Errichtung einer Stadthalle in Aue.

Der ungeheure Zusammenstrom von Menschen, der
in Aue erfahrungsgemäß bei allen größeren Gelegen-
heiten stattfindet, macht den Mangel größerer Räumlich-
keiten für solche Zwecke doppelt bemerkbar. Er beweist
auch, daß die Herstellung solcher Räume rentabel sein
müßte. Es fehlt an großen Versammlungsräumen für
heimatliche Feste, für vaterländische und politische Ver-
anstaltungen großen Stils. Es fehlt eine Bühne, die
künstlerisch hochstehenden Vorstellungen den unentbehr-
lichen Rahmen gibt. Es fehlt an Zuschauerräumen, die
durch ihre Aufnahmefähigkeit kostspieligere Vorstellun-
gen finanziell sicherstellen. Es fehlt an großen Konzert-
räumen, die Darbietungen mit großem Orchester oder
mit ersten Solokräften finanziell ermöglichen. Es fehlt
an einem Zentrum für alle Bestrebungen der Volksbil-
dung und Volkserziehung. Es fehlt mit einem Wort
ein Mittelpunkt für alle großen sozialen und gemein-
bürgerlichen Bestrebungen, ein Brennpunkt für das
ganze öffentliche und stadtbürgerliche Leben.

Die Ueberzeugung hiervon ist Allgemeingut der
ganzen Einwohnerschaft. Zweifel bestehen nur darüber,
ob für die praktische Erfassung dieser Aufgabe der rich-
tige Zeitpunkt vorhanden sei. Kleinmütige werden zu
allen Zeiten Einwendungen bereithalten. Ihre Argu-
mente darf man sich nicht zu eigen machen, wenn man
den Erfolg will. Vielmehr kann das Projekt bei dem
gegenwärtigen Stand des Geldmarktes heute und mor-
gen nicht zur Ausführung kommen. Das mag sein, Wohl
aber muß man endlich einmal beherzt an den Gedanken
der praktischen Durchführung herantreten. Das Stadium
der wohlwollenden Vorberörterungen, das schon viel zu
lange gedauert hat, muß endlich einmal aufgegeben wer-
den und tatkräftiger Arbeit weichen.

Die Sache wird dann ohne weiteres realisierbar sein,
wenn es möglich ist, die Rentabilität des Planes nach-
zuweisen. Die Rentabilität scheint aber durchaus erziel-
bar, wenn das Unternehmen all den Mängeln Rechnung
trägt, die gegenwärtig in Aue bemerkbar sind. Es muß
vorgeesehen werden ein ganz großer Saal (etwa 1500
bis 2000 Personen fassend) für die obengenannten
Zwecke, ein oder mehrere kleine Säle, die ebtl. in Ver-
bindung mit dem großen Saal benutzt werden können,
hinreichende Vereins- und Versammlungsräume kleineren
Formats, Bücher- und Leserräume für die Volksbibliothek.
Es könnte gedacht werden an eine große Bier- und
Speisewirtschaft, an der es bei uns gebräuchlich ist, an die Ein-
richtung eines Ratsweinkellers, evtl. auch an Hotel-
räume, deren Mangel in Aue so stark empfunden wird,
weiter an Einstellungsmaßnahmen für fremde Kraftwa-
gen, vielleicht auch an Einrichtung einer größeren An-
zahl von Regelbahnen, wenn es technisch möglich ist,
diese ohne Störung für die Saalunternehmungen bau-
lich unterzubringen.

Sachverständige sind der Meinung, daß das Unter-
nehmen, auf so breite Basis gestellt, eine sichere Rente
gewährleisten würde. Die Schwierigkeit liegt in der
Finanzierung. Diese ist erreichbar, wenn es möglich ist,
die allerersten Kreise der Stadt zur Beteiligung an
dem Unternehmen, das ein Volkshaus im wahren
Sinne werden muß, zu gewinnen. Die Form kann nur
die einer Aktiengesellschaft sein mit Anteilen zu ge-
ringen Nennbeträgen, so daß auch die Beteiligung lapa-
lischschwacher Kreise möglich wird. Auf die Industrie,
die im früheren Jahre die Unternehmung dieses Saales

Im Finanzministerium wird heute die aus ameri-
kanischer Quelle kommende Nachricht bestätigt, wonach
sich eine französische Finanzdelegation in der zweiten
Septemberhälfte nach den Vereinigten Staaten begeben
wird, um Verhandlungen über die Regelung der fran-
zösischen Schulden aufzunehmen. Da die Delegation aus
herausragenden Persönlichkeiten, darunter einigen Par-
lamentariern, zusammengesetzt werden soll, wird ihre
offizielle Ernennung seitens der Regierung in einer der
nächsten Sitzungen des Ministerrats vorgenommen werden.
Der am nächsten Donnerstag stattfindende Ministerrat
wird sich mit dieser Angelegenheit noch nicht beschäftigen,
da Caillaux an diesem Tage voraussichtlich noch
in London sein wird.

Caillaux' Programm.

Paris, 20. August. Ueber die Absichten Caillaux'
hinsichtlich der Schuldenverhandlungen in London wird
im Finanzministerium jegliche Auskunft verweigert.

Die oppositionelle „Liberté“ behauptet dagegen, vom
einer hochstehenden Persönlichkeit der Finanzwelt über
die Absichten Caillaux' und die Vorschläge, die er fertigt-
stellen wird, folgende Erklärungen erhalten zu haben:
Caillaux wird in Anbetracht der gegenwärtigen finan-
ziellen Schwierigkeiten Frankreichs eine Jahreszahlung
von 18 Millionen Pfund Sterling statt der von Eng-
land geforderten 20 Millionen Pfund vorschlagen.
Außerdem wird Caillaux von der englischen Regierung
eine Revision ihrer Einschätzung der Erträge des Da-
vosplanes verlangen. Die Neuerschätzung würde er-
geben, daß England nicht 10 Millionen Pfund, sondern
15 Millionen Pfund auf Grund des Davosplanes zu-
fallen. Caillaux wird darauf sofort eine neue Herab-
setzung der französischen Zahlungen um diese 5 Mil-
lionen Pfund verlangen, so daß die endgültigen fran-
zösischen Jahreszahlungen auf 13 Millionen Pfund fest-
gesetzt würden. Jedenfalls ist dies, dem Blatt zufolge,
„die allgemeine Grundlage, auf welcher Caillaux ver-
handeln will“.

Die französische Schuldendelegation für die Ver-
handlungen mit Amerika wird sich, wie im Finanz-
ministerium erklärt wird, am 15. oder 16. September
nach Washington einschiffen. Außer den Finanzsach-
verständigen werden ihr eine Reihe von Parlamentariern
angehören.

hätte finanziellen Wunden, darf man unter den heutigen
Verhältnissen keine zu großen Hoffnungen setzen, wenn
sie sich auch ganz gewiß nicht ausschließen, sondern nach
Maßgabe der heutigen Kräfte beteiligen wird. Für die
Planung müssen alle Kreise der Einwohnerschaft ge-
wonnen werden. Es darf keine Körperschaft, keine Ge-
sellschaft, kein Verein, ja nicht der kleinste Regellklub
vorhanden sein, der nicht eine oder mehrere Aktien im
Betrage von 50 oder 100 Mark zelnahmt. Alle Ge-
schäftsleute, jeder Einwohner, der einen kleinen Spar-
betrag aufbringen kann, muß als Gesellschafter gewor-
nen werden. Die Einzahlung der Anteilsbeträge muß
in jeder Weise erleichtert und bequem gemacht werden.
Der Gedanke muß die ganze Bürgerschaft durchdringen,
daß es sich hier wirklich um eine hohe Aufgabe der
Gesamtheit handelt, die allen die Verpflichtung der
Teilnahme auferlegt. Wird doch das Unternehmen auch
wieder im Wessien, wie im rein wirtschaftlichen Sinne
der ganzen Bürgerschaft zugute kommen.

Bei einer Vorbesprechung im kleinen Kreise wurde
die Frage erörtern, ob man zur Realisierung des Planes
entweder sogleich zur Gründung einer Aktiengesellschaft
mit zunächst kleinem Kapital, unter Vorbehalt einer
späteren Nachgründung, schreiten oder ob man zunächst
einen eingetragenen Verein mit dem Zwecke der weite-
ren Förderung des Unternehmens bis zur Begründung
der Aktiengesellschaft errichten solle. Man einigte sich
schließlich auf den letzten Vorschlag. Die Gründung die-
ses Vereins in einem zunächst kleineren Kreise wird dem-
nächst erfolgen. Aufgabe dieses Vereins wird es sein,
einmal Vorprojekte bearbeiten zu lassen und an der
Hand der Kostenanschläge die Rentabilität des Unter-
nehmens einer genaueren Prüfung zu unterwerfen, und
ferner durch eine großzügige, ununterbrochene Propa-
ganda Teilnahme für die Sache und Teilnehmer für die
zu gründende Aktiengesellschaft zu gewinnen. Der Auf-
wand des Vereins und die dem Vereine geleisteten Bei-
träge müssen seinerzeit als Gründungsaufwand der
Aktiengesellschaft übernommen und den Mitgliefern des
Vereins ihre Leistungen auf ihre Aktieneinzahlung an-
gerechnet werden. Hoffen wir, daß auf diesem Wege
der praktischen Arbeit das wichtige Ziel rasch seiner Er-
reichung und Vollendung entgegengeführt werde.

Willst Du was schaffen, tu's nicht ohne Rat,
Doch vorwärts bringt dich nur die feste Tat.
Aue, 20. August 1926.

Bürgermeister Hofmann.

Ruhebergarbeiter kommen nach Sachsen.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium gemeldet
wird, ist mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß noch
einige Tausende Bergleute im Ruhrgebiet entlassen
werden. Es soll dafür gesorgt werden, die Leute in
anderen Arbeitszweigen unterzubringen, und zwar dort,
wo Arbeiter verlangt werden, wie im sächsischen Stein-
kohlen-, mitteldeutschen Kohlenbergbau und in der Rauf-
industrie. Oft machen die Wohnfragen bei solchen Be-
mäßigungen große Schwierigkeiten.

Die Höhe der Zigarettensteuer vom 1. Oktober an
sind jetzt vom Reichsminister der Finanzen festgelegt. Sie
betragen bei einem Kleinverkaufspreis bis zu 4 Pf. 1 Mark
für 1000 und steigen für je 4 Pf. mehr bis zu 8 Pf. um
je 1 Mark bis zu 8 Mark. Die nächsten Stufen steigen um je
1 Pf. Verkaufspreis und je 2 Mark Steuer bis zu 8 Pf. und
16 Mark. Zehnpennigzigaretten kosten 20 Mark, je 12 Pf.
24 Mark, 15 Pf. 30 Mark, je 8 Pf. mehr 10 Mark mehr.